

XXII. GP.-NR

1710 /J

ANFRAGE

2004 -05- 05

der Abgeordneten **Ruth Becher**

und GenossInnen

an die **Bundesministerin für Gesundheit und Frauen**

betreffend die Anzeige in der rechtsextremen Postille „Aula“

In der April-Ausgabe der „Aula. Das freiheitliche Magazin“ findet sich auf Seite 18 eine Anzeige Ihres Ressorts mit dem Titel „Aus Liebe zum Leben“ (Kopie der Anzeige siehe Anhang). Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) charakterisiert die „Aula“ wie folgt: *„Der Aula-Verlag und vor allem die von ihm herausgegebene Zeitschrift Aula sind in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des rechtsextremen Spektrums Österreichs gerückt und haben sowohl in politisch organisatorischer Hinsicht als auch und noch stärker in politisch-weltanschaulichen Belangen eine zentrale Funktion erlangt, insbesondere als Brücke von der FPÖ zu allen außerparlamentarischen Strömungen des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus. Im Wesentlichen repräsentiert die Aula das deutschnationale bis rechtsextreme Milieu in Österreich“.* (siehe [www.doew.at/projekte/rechts/organisation/aula.html](http://www.doew.at/projekte/rechts/organisation/aula.html)) 1995 war der damalige Schriftleiter Herwig Nachtmann wegen eines Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetzes verurteilt worden.

Einer parlamentarischen schriftlichen Anfrage des freiheitlichen Abgeordneten Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann ist zu entnehmen, dass der *„Freiheitliche Akademikerverband nebst seiner Mitgliederzeitschrift `Aula“* zu den *„FP-Vorfeldorganisationen“* (5310/J XX. GP) zu zählen ist. Der Freiheitliche Akademikerverband firmiert wiederum als Medieninhaber der „Aula“.

Unklar ist, ob von Ihrer Seite die Schaltung der Anzeige in der „Aula“ bezahlt wurde. Im Falle der Bezahlung käme dies einer indirekten Subventionierung einer freiheitlichen Vorfeldorganisation auf Kosten der Steuerzahler gleich.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

**Anfrage:**

1. Wurde die Anzeige in der „Aula“ (4/2004) von Ihnen bezahlt?
2. Wenn ja, mit welchen Kosten schlug sich Ihre Anzeige „Aus Liebe zum Leben“ in der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“ zu Buche?
3. Welche Gründe können Sie für die Schaltung der Anzeige in der April-Ausgabe der rechtsextremen „Aula“-Zeitschrift anführen bzw. nach welchen Gesichtspunkten erfolgte die Auswahl derselben für die oben angeführte Anzeigenschaltung?
4. Ist Ihnen die Charakterisierung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) der „Aula“ als rechtsextreme Zeitschrift bekannt?
5. Wenn ja, wie begründen Sie Ihre Entscheidung, trotz der Bewertung des DÖW in der „Aula“ eine Anzeige zu schalten?
6. Wer zeichnete für die Erstellung (Layout, Redaktion) der Anzeige „Aus Liebe zum Leben“ in der „Aula“ verantwortlich und wie viel kostete diese?
7. Warum wurde Ihre Anzeige in der „Aula“ nicht als solche gekennzeichnet, auf welche geltende Gesetzeslage können Sie diesbezüglich verweisen?
8. Beabsichtigen Sie weitere Anzeigen in der „Aula“ zu schalten und welche Kosten werden dafür veranschlagt?

Dr. B. B. B.  
H. K. K.

Dr. B. B. B.  
Dr. B. B. B.

nen lassen, welche diese mit einem Wert von etwa 31,5 Milliarden Dollar bezifferten. Falls die „Preußische Treuhand“ vor dem EuGH auf Entschädigung klagt, werde man diesen Betrag gegenrechnen und im Gegenzug den Staat Bundesrepublik Deutschland auf Schadenersatz für Kriegsschäden verklagen. So „abgeschlossen“, wie von Danuta Hübner dargestellt, scheint „die Geschichte“ also doch nicht zu sein. Von einem verführten Schlußstrich will hingegen auch der Vertriebenenfunktionär Rudi Pawelka, ein gebürtiger Schlesier, nichts wissen. „Wir werden mit polnischen Behörden reden. Wenn wir keinen Erfolg haben, werden wir die ersten Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen“, so der von den polnischen Aufrechnungen gänzlich unbeeindruckte Treuhand-Aufsichtsratsvorsitzende. Warum sollte Pawelka bei seinen Überlegungen auch auf eventuelle Forderungen Polens an Deutschland Rücksicht nehmen, wenn die Schröder-Regierung sich ihrerseits jedem Vorstoß seitens der Vertriebenen, die nichts anderes einfordern als Recht und Gerechtigkeit, konsequent verweigern?

### GmbH wird statt Staat tätig

Schließlich stellt sich die Ausgangssituation so dar, daß seitens der Bundesrepublik die zentrale Frage der Rückkehr von Vertriebenen und ihren Nachkommen zu Haus und Hof – insbesondere die damit ver-

bundene Rückgabe konfiszierten Eigentums – bewußt offengelassen wurde. Von der gegenwärtigen rot-grünen Regierung wird die Verneinung des völkerrechtlichen Anspruches auf Rückgabe des Eigentums hingegen offen abgelehnt. Grundidee der „Preußischen Treuhand“ ist daher, die Eigentumsansprüche der einzelnen Vertriebenen jeweils individuell zu sichern bzw. zu erhalten und diese treuhänderisch für die jeweiligen Vertriebenen oder deren Erben rechtlich sowie wirtschaftlich zu verwalten. Um die Notwendigkeit einer besonderen staatlichen Genehmigung eines auch wirtschaftlich tätigen Vereins zu umgehen, wurde die „Preußische Treuhand“ schließlich in Form einer GmbH, die eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KG a. A.) eingeht, gegründet. Diese soll vor allem in der Lage sein, die individuellen Ansprüche des einzelnen Anspruchsinhabers nicht nur allgemein zu vertreten und voranzubringen, sondern sie auch individuell



Verwaorlostes Haus in den deutschen Ostgebieten: Erreichen Heimatvertriebene aus den Gebieten jenseits von Oder und Neißo vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg bald die Rückgabe ihres Eigentums?

rechtlich oder wirtschaftlich zu verfolgen. Die Stärke der „Preußischen Treuhand“ ergibt sich somit letztlich aus dem eingebrachten Kapital. Jeder kann als Kommanditist durch den Erwerb von Aktien zum Aufbau und zur Stärkung der Treuhandgesellschaft beitragen. Die kleinste Beteiligung besteht dabei in einer Aktie von 50 Euro.

Ob das Ansinnen der „Preußischen Treuhand“ von Erfolg gekrönt sein wird, hängt letztlich von zwei Faktoren ab: Einerseits muß ein genügend großer Kapitalstock beschafft werden, aus dessen Zinsen der Geschäftsbetrieb aufrechterhalten wird, andererseits müssen die Klageschriften so vorbereitet werden, daß sie überhaupt vom EuGH angenommen und bestenfalls positiv beschieden werden. Nach dem kürzlich ergangenen Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das die Fortschreibung der SBZ-Enteignungen durch die Regierung Kohl nach der Wiedervereinigung für unrechtmäßig erklärte, stehen die Chancen, auch die Enteignungen der Ostdeutschen mit Entschädigungszahlungen zu belegen, nicht so schlecht, wie es interessierte Kreise der Öffentlichkeit weismachen wollen. Für eine europäische Integration, die diese Bezeichnung wirklich verdient, ist es jedenfalls unabdingbar, daß begangenes Unrecht auch als solches herausgestellt und entschädigt wird. Was von den Deutschen verlangt wird, muß auch für andere Völker in Europa gelten.

Weitere Informationen: Preußische Treuhand GmbH & Co. KG a. A., Werstener Dorfstr. 187, D-40591 Düsseldorf; Tel.: +49 211 / 395763; Fax: +49 2964 / 945459.



BUNDESMINISTERIUM FÜR  
GESUNDHEIT UND FRAUEN

### Aus Liebe zum Leben

Es wird immer wichtiger, die präventive Medizin nicht nur im Früherkennen von Krankheiten einzusetzen, sondern vor allem im Verhindern der Risikofaktoren.

Mit einfachen Maßnahmen können Sie Ihr Leben deutlich verlängern:

<b>Verzicht auf Rauchen</b>	<b>+ 8 Jahre</b>
<b>Sport und Bewegung</b>	<b>+ 6 Jahre</b>
<b>Normalgewicht</b>	<b>+ 2 ½ Jahre</b>
<b>Umsichtige Diät</b>	<b>+ 2 Jahre</b>

daher:

**Machen sie Gebrauch von der  
Gesundenuntersuchung!**

Jeder in Österreich Versicherte ab dem 19. Lebensjahr hat das Recht, sich einmal im Jahr kostenlos über seinen Gesundheitszustand informieren zu lassen und dazu mit seinem Arzt ein Beratungsgespräch zu führen.

Viele Erkrankungen sind bei Früherkennung heilbar.

Informieren Sie sich bitte bei Ihrem Hausarzt.

**Aus Liebe zum Leben**

# Stadtapotheke Rattenberg

**Mag. pharm. BERND KNETSCH**

**6240 RATTENBERG/TIROL**

**Telefon 0 53 37/62 3 18**